

orthodoxen Kirche – eine an sich gut gemeinte Gesetzesvorlage durch Manipulationen so verändert haben, daß sich das Gesetz nur noch scheinbar gegen die neuen gefährlichen Psycho-, Wirtschafts- und anderen Sekten richtet, in Wirklichkeit aber mit Hilfe von Gummiparagraphen ganz bewußt auch gegen alle nicht-orthodoxen Glaubensgemeinschaften angewandt werden kann. Mancher sieht in dem ganzen Vorgang das Wirken einer kommunistisch-orthodoxen Allianz, die westliche Einflüsse insgesamt zurückdrängen will. Nicht ohne Grund weisen aber orthodoxe Kreise darauf hin, daß das Gesetz in Einzelbereichen durchaus auch zum Schaden orthodoxer Einrichtungen mißbraucht werden könne.

Präsident Jelzin begründete seine Ablehnung des Gesetzes damit, daß der diesem Entwurf zugrundeliegende ungleiche Rechtsstatus von Religionsgemeinschaften der Verfassung der Russischen Föderation (Art. 2, 6, 13–19, 28–30, 54, 55, 59 und 62), der Internationalen Deklaration der Menschenrechte (Art. 18 und 19), dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 18 und 19) und der Konvention des Europarates über die Verteidigung der Grundrechte (Art. 9 und 10) widerspreche. Darüber hinaus sieht der Präsident eine Reihe russischer Gesetze verletzt, wodurch die Ausgewogenheit der Gesetzgebung überhaupt gefährdet sei. Er bezeichnete das Gesetz als „chaotisch“ und „nicht durchdacht“.

Jelzin unterstrich, daß es notwendig sei, Psychosekten und andere fragwürdige Organisationen, die unter einem religiösen Mäntelchen in Rußland ihre gefährliche Tätigkeit entfalten, zu kontrollieren und gegebenenfalls zu verbieten. Aber es gehe nicht an, daß unter dem Vorwand, spezielle Maßnahmen zur Kontrolle und Ausschaltung solcher Gruppen ergreifen zu müssen, durch dieses schlecht formulierte Gesetz

solche Glaubensbekenntnisse in Rußland diskriminiert werden, die dort schon über Jahrhunderte beheimatet seien. Er sei nicht bereit, hinzunehmen, daß im Zuge der notwendigen strafrechtlichen Verfolgung schädlicher Sekten die Grundrechte der Menschen in Rußland mit Füßen getreten würden. In diesem Zusammenhang kritisierte Jelzin speziell Art. 13, Abs. 2, in dem Glaubensbekenntnissen ausländischer Provenienz Auflagen gemacht werden, die eindeutig schikanösen Charakter hätten.

Der ausländische Betrachter der russischen Religionsszene muß sich angesichts der (Un-)Rechtspraxis im kirchlichen Umfeld die Frage stellen, welchen Stellenwert ein Religionsgesetz dort überhaupt hat. Das geltende Gesetz von 1990 räumt doch allen Religionsgemeinschaften die gleichen Rechte ein, sofern diese die formelle staatliche Anerkennung besitzen. Und doch klagen Nicht-Orthodoxe in Rußland darüber, daß trotz dieses liberalen Gesetzes ihre Glaubensgemeinschaften von Behördenseite in starkem Maße benachteiligt, zuweilen schikaniert werden.

Während das Moskauer Patriarchat beispielsweise fast jede zu Sowjetzeiten verstaatlichte Kirche zurückerhält, um die es bittet, gelingt solches den Katholiken nur in Ausnahmefällen, und auch das nur nach endlosen Eingaben und Bitten. Auch die Lutheraner erhalten höchst selten ihre früheren Kirchen zurück. Schon seit Jahren ist die Einreise ausländischer Mitarbeiter nach Rußland für den kirchlichen Dienst erheblich erschwert, als seien das Religionsgesetz von 1993 oder der vorliegende Entwurf von 1997 längst in Kraft. Vor diesem Hintergrund gilt die pessimistische Feststellung: Die Behinderung nicht-orthodoxer Glaubensgemeinschaften in Rußland wird mit Sicherheit weitergehen – ob mit oder ohne neues Religionsgesetz.

Gerd Stricker

Nur wenig Hoffnung

Was wird aus dem Friedensprozeß in Israel/Palästina?

Die Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern stehen schlecht. Die in den vergangenen Jahren abgeschlossenen Abkommen begünstigen Israel und bedeuten für die palästinensische Führung eine fatale Abhängigkeit – so die Grundthese des Beitrags von Ludwig Watzal. Er ist Mitarbeiter der Bundeszentrale für Politische Bildung. 1994 erschien sein Buch „Frieden ohne Gerechtigkeit“ über Israel und die Menschenrechte der Palästinenser.

In Israel und Palästina stehen die Zeichen nicht auf Frieden, sondern auf Sturm. Der jüngste Terroranschlag auf dem Gemüsemarkt in Jerusalem hat gezeigt, daß es keine absolute Sicherheit geben kann. Solange die Ursachen des Terrors nicht beseitigt werden, wird es weiter Tote in diesem unsäglichen Konflikt im Nahen Osten geben. Der Friedens-

prozeß ist tot. Dies ist auch die Meinung des palästinensischen Menschenrechtlers *Eyad al-Sarraj*, der in einem Interview mit dem Verfasser folgendes feststellte: „Wir sollten erklären, daß die Oslo-Vereinbarungen tot sind und begraben gehörten. Man kann nicht mit einem Toten in einem Raum leben. Wir sollten nochmals von vorne beginnen, eine

neue Initiative starten. Es könnte bilateral zwischen Israelis und Palästinensern oder zusammen mit den Europäern geschehen, was ich persönlich befürworte. Einen Neuanfang mit den Amerikanern lehne ich ab. Es könnte aber auch unter der Ägide der Vereinten Nationen sein, aber das wäre wieder unter amerikanischem Einfluß.“

Auch die deutschen Politiker und die Öffentlichkeit müssen sich den Realitäten stellen und Abschied von einem Prozeß nehmen, den man gemeinhin als Friedensprozeß bezeichnet hat. Ein Blick in die Dokumente hätte dem interessierten Zeitgenossen gezeigt, daß es sich nicht um einen „Friedensprozeß sui generis“ gehandelt hat. Wie kam es überhaupt zu diesem Friedensprozeß? Welches waren die historischen Voraussetzungen?

Die Abkommen sind asymmetrisch

Bereits die Vertreibung der PLO durch Israel im Jahre 1982 aus dem Libanon signalisierte den Palästinensern, daß ihr Schicksal nur in einer Zwei-Staaten-Lösung liegen würde. Diese Erkenntnis drückte sich in der Proklamation eines Palästinenserstaates 1988 in Algier aus. Erstmals anerkannte man auch das Existenzrecht Israels öffentlich und förmlich an. Die damalige israelische Regierung unter Schamir wollte sich aber nicht von der „Terrororganisation PLO“ anerkennen lassen. Der zweite Golfkrieg und die Parteinahme der Palästinenser für den Despoten Saddam Hussein, die Veränderungen auf internationaler Ebene durch den Kollaps der Sowjetunion und des Ostblocks bereiteten den Boden für den „Friedensprozeß“, der mit der „Madriider Konferenz“ vom November 1991 begann. Zu ersten konkreten Ergebnissen kam es aber erst im September 1993 mit der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ zwischen Israel und der PLO.

Dieser „Friedensprozeß“ war die Frucht der sogenannten „Neuen Weltordnung“, die der ehemalige US-Präsident *George Bush* verkündete. In ihr war für die Palästinenser nur ein Platz am Katzentisch reserviert. Arafats fataler Fehler, auf Saddam zu setzen, gab seiner PLO den Rest. Die Ausweisung Hunderttausender Palästinenser aus Kuwait und den Golfstaaten, die Einstellung der Zahlungen dieser Länder an die PLO, der Rückgang des Einflusses der Organisation in den besetzten Gebieten und das Erstarken der radikalen Gruppen wie *Hamas* und *Islamischer Heiliger Krieg* läuteten den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bankrott der PLO ein. In diesem Moment gelang der israelischen Regierung unter Rabin und Peres ein genialer Schachzug. Sie brachten den schwächsten Akteur wieder auf die internationale Bühne, nämlich Arafat, und konnten mit ihm diese Abkommen abschließen. Sie sind extrem einseitig und zeigen, daß der Stärkere sich gegenüber dem Schwächeren durchgesetzt hat. *Baruch Kimmerling*, Soziologieprofessor an der Hebräischen Universität in Jeru-

salem, hat den Versailler Vertrag dagegen als vorbildlich bezeichnet. Die Verträge sind also hochgradig *asymmetrisch*.

Diese Asymmetrie kam schon in der „Prinzipienerklärung“ zum Ausdruck, in der es keinerlei Hinweise auf irgendwelche Ansprüche der Palästinenser auf Territorium gab. Es wurde auch ein detaillierter Zeitplan ausgearbeitet, an den sich Israel nicht gebunden fühlte. Wie sagte der ehemalige Ministerpräsident *Yitzhak Rabin*: „Es gibt keine heiligen Daten.“ Die diese „Prinzipienerklärung“ begleitenden Schreiben belegen weiter die schiefe Optik der Abkommen. Erkannte Arafat Israel in einem Schreiben förmlich an und verurteilte darin den ehemaligen Widerstand als „Terror“, so anerkannte Rabin im Gegenzug nur die PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Er verlor aber kein Wort über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Der Unterschied in der Qualität dieser Anerkennung ist evident. Arafat hat den Staat Israel anerkannt, Rabin aber nur das Existenzrecht einer Organisation. Hätte Arafat nur das Existenzrecht der Arbeitspartei anerkannt, wäre dies die gleiche Ebene gewesen.

Die sich anschließenden Verhandlungen über die Ausführung der „Prinzipienerklärung“ mündeten im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 4. Mai 1994, in dem es um die Details der Machtübernahme in einem Teil des Gaza-Streifens und der Enklave Jericho ging. Trotz Unterzeichnung in Kairo konnte man sich nicht über die Größe des Gebietes um Jericho einigen. Wie sich schon bald herausstellen sollte, übernahm Arafat in Gaza ein besetztes Gebiet, in dem er den „Polizeichef von Israels Gnaden“, wie seine Kritiker sagen, spielen mußte. Diese Rolle Arafats kam noch deutlicher im „Interimabkommen über die Westbank“ vom 28. September 1995 zum Ausdruck. Dieses Abkommen mit seinen sieben Annexen und über 400 Seiten ist nicht umsetzbar. Die zahlreichen Kreuz-, Rück- und Querverweise nehmen immer wieder gemachte Konzessionen im Nachfolgenden zurück.

Dieser Mangel bzw. die totale Abwesenheit von Souveränität über zentrale Fragen der Politik, führten bei den Palästinensern zu einer *Desillusionierung*. Nur diejenigen Palästinenser, die direkt von diesem „Friedensprozeß“ profitierten, verbreiteten nicht nur in Palästina und den arabischen Staaten, sondern auch im westlichen Ausland die Illusion, als handle es sich bei den autonomen Enklaven um den Nukleus eines zukünftigen Palästinenserstaates. Diese Illusionen wurden aber durch die harten Realitäten vor Ort zerstört. Eine Konsequenz dieser Desillusionierung sind die Terroranschläge der radikalen Kräfte von Hamas und Islamischer Heiliger Krieg.

Die weitreichenden Konzessionen, die die Palästinenser im „Interimabkommen“ machen mußten, sprechen eher für eine Kapitulation vor den israelischen Bedingungen als für palästinensisches Selbstbewußtsein. Die Westbank zerfiel nach diesem Abkommen in ein „Inselreich“ oder „Trizonesien“, das durch Umgehungsstraßen die Siedlungen von den palästinensischen Dörfern und Städten trennt. Ein Teil

dieser Straßen darf nur von jüdischen Israelis befahren werden. Was wurde im „Interimabkommen“ konkret geregelt? Die Zone A umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. Selbst in dieser Zone können die palästinensischen Polizisten Israelis weder verhaften noch einsperren. Die Zivilverwaltung wird auf die Palästinenser übergehen. In der sogenannten B-Zone liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Die Zivilverwaltung wird an die Palästinenser übergeben. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann die palästinensische Polizei alleine entscheiden. Sie bewegt sich auf den Straßen der Westbank ohne israelischen Verkehr frei, auf allen anderen Straßen bedarf es der israelischen Genehmigung.

In der sogenannten Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel als Staatsland. Das „Interimabkommen“ mit seinen Autonomieinseln kann von Israel jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da es die Macht und das Recht hat, jede Enklave völlig abzuriegeln, was bei jedem Terroranschlag, wie vor einigen Wochen wieder geschehen, auch passiert. Dies ist eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor den Abkommen, als sich die Menschen wenigstens frei in der abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Die fatale Abhängigkeit der palästinensischen Führung

Wie weitreichend Arafats Konzessionen an Israel bereits gegangen sind, zeigt Artikel 22 des „Gaza-Jericho-Abkommens“ bzw. Artikel 20 des „Interimabkommens“. Hierin wurde den Israelis ein „Persilschein“ dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungszeit nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in beiden Abkommen gleichlautend: „Der Transfer der Macht und Verantwortlichkeiten von der israelischen Militärregierung und ihrer Zivilverwaltung an den Palästinenserrat, wie in Annex III dargelegt, schließt alle damit in Verbindung stehenden Rechte, Verpflichtungen und Pflichten ein, die in bezug auf Taten und Unterlassungen entstanden sind, die vor der Übergabe geschehen sind. Israel wird keine finanziellen Verpflichtungen bezüglich dieser Taten und Unterlassungen übernehmen. Der Palästinenserrat wird alle finanziellen Verpflichtungen für sie und für sein eigenes Funktionieren tragen.“

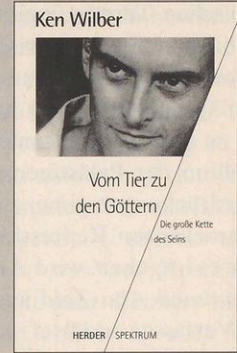
Diese nicht gerade erfreulichen Sachverhalte tragen mit zu der tiefen Depression, Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit und Frustration der Palästinenser bei. Hinzu kommt, daß es wieder eine israelische Regierung gibt, die deutlich macht, wer die Herren und wer die Knechte sind, um in der

Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4601, DM 14,80
öS 108,- /SFr 14.80**

Der Autor beschreibt den Gebrauch, den Geist und die Symbolbedeutung der Steine im Kontext der Lebenskunde Hildegards von Bingen.



**Band 4413, DM 17,80
öS 130,- /SFr 17.80**

Jeder Mensch ist Teil des großen, göttlichen Ganzen. Ken Wilber sieht es als zentrale Aufgabe, sich dieser Einheit wieder bewußt zu werden.



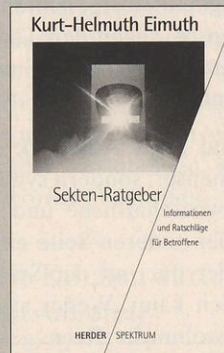
**Band 4557, DM 17,80
öS 130,- / SFr 17.80**

Menschenrechte gehen uns alle an. Ein kontroverses Thema, geklärt im Blick auf Geschichte und heutige Interessenkonflikte.



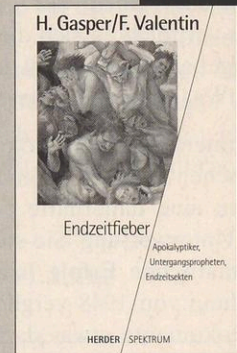
**Band 4571, DM 14,80
öS 108,- /SFr 14.80**

Soll Töten auf Verlangen erlaubt werden? Das leidenschaftliche Buch des bedeutenden Gegenwartsphilosophen und Ethikers.



**Band 4549, DM 17,80
öS 130,- /SFr 17.80**

Der Autor erläutert psychosoziale und juristische Konsequenzen einer Mitgliedschaft. Mit konkreten, auch juristischen Tips.



**Band 4522, DM 19,80
öS 145,- /SFr 19.80**

Die Jahrtausendwende naht - okkulte Voraussagen und Angstbeschwörer haben Hochkonjunktur. Fakten und Hintergründe.

HERDER / SPEKTRUM Neu

Erdichtet in jeder Buchhandlung oder beim Freiburger Buchversand, Habsburgerstr. 116, 79104 Freiburg, Tel. 0761/2717328 - Fax 0761/2717360. Das aktuelle Taschenbuch-Gesamtsverzeichnis erhalten Sie bei: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

Hegelschen Terminologie zu sprechen. Man kann ein Volk nur bis zu einem gewissen Grad demütigen und unterdrücken. In diesem Zusammenhang müssen auch die Terroranschläge gesehen und beurteilt werden. Daß es bis dato nicht zu einem gewaltsamen Ausbruch oder zu einer offenen Rebellion der Palästinenser gekommen ist, ist nur Arafats Unterdrückungsregime zu verdanken, das zusammen mit der israelischen Repression den Deckel auf dem Topf hält. Sollte es losgehen, wird Arafat nicht allein sein, wie der Arzt *Muhammad Abu-Zaid* aus al-Bireh in einem Interview mit dem Verfasser erklärte.

Netanyahu war schon immer gegen den Friedensprozeß. Nur widerwillig willigte er in die Unterzeichnung des Hebron-Protokolls vom 15. Januar 1997 ein. Der Rückzug aus Hebron war zwar schon im „Interimabkommen“ vereinbart worden, Netanyahu mußte aber seiner Klientel die Fortsetzung des „Friedensprozesses“ zu seinen Bedingungen schmackhaft machen. Die euphorische Interpretation, daß nun auch die andere Hälfte Israels ja zum „Friedensprozeß“ gesagt habe, muß realistisch eingeschätzt werden. Es war eher ein taktisches Ja. Der Erfolg Netanyahus liegt darin, daß Israel sich nicht aus Hebron zurückgezogen hat, sondern nur seine Truppen aus einem Teil der Stadt. Damit ist Hebron faktisch geteilt. Es leben weiter 20 000 Palästinenser unter direkter Okkupation Israels. Dies hat Netanyahu in der Debatte in der Knesset, dem israelischen Parlament, auch offen zugegeben: „Wir haben uns nicht aus Hebron zurückgezogen, sondern nur innerhalb Hebrons.“

Mit dem Hebron-Protokoll gab es einen Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers *Warren Christopher*, der Israel eine amerikanische Sicherheitsgarantie gegeben hat, wie es bisher noch nie geschehen ist. In dem Schreiben steht, daß sich Israel nur aus solchen Gebieten zurückziehen muß, die nicht für die israelische Sicherheit relevant sind. Die Relevanz bestimmt aber Israel allein. Des weiteren wurde das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ festgeschrieben. Darin verpflichten sich die Palästinenser, gegen den Terror vorzugehen, da es sonst keine Konzessionen Israels mehr gebe. Was stellen nun diese Dokumente dar?

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck der politischen Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung. Sie stellen auf der anderen Seite einen diplomatischen Erfolg Israels dar, der nur mit der Staatsgründung von 1948 verglichen werden kann. Weder sagen die Dokumente etwas darüber aus, wohin die Reise gehen soll, noch wurde alle den Palästinensern wichtigen Fragen behandelt. Sie wurden auf die sogenannten Status-Endverhandlungen verschoben. Bis diese abgeschlossen sein werden, verändert Israel durch den Siedlungsbau aber permanent den Status quo zu seinen Gunsten.

Die palästinensische Führung hat sich durch die Unterzeichnung der Abkommen in eine fatale Abhängigkeit gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen. Die Umsetzung der di-

versen Abkommen sichert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne daß ihm das Odium einer Besatzungsmacht anhaftet. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern machtpolitisch erledigt. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.

Der in den Medien vermittelte Eindruck, daß es sich bei den Autonomiegebieten um selbständige Einheiten handele, entspricht nicht den Tatsachen vor Ort. In Wirklichkeit sind die Gebiete weiterhin indirekt unter israelischer Besatzung. So wurde keine Siedlung aufgelöst. Alle Militärverordnungen gelten weiter und müssen auch von Arafat umgesetzt werden. Die Siedlungen sind exterritorial, sie unterliegen ausschließlich israelischer Jurisdiktion. Das gewählte palästinensische Parlament darf kein Gesetz oder Verordnung erlassen, die den Militärverordnungen widerspricht. Israel hat das alleinige Sagen, was die Außenpolitik, die Großprojekte der Wirtschaft und die Belange der Sicherheit angeht. Der Gaza-Streifen ist zu 40 Prozent unter israelischer Okkupation mit ca. 5000 Siedlern, auf dem Rest tummeln sich ca. 1 Mio. Palästinenser, die wie in einem Gefängnis leben. Über ihre Ausreise entscheidet Israel. Ohne die Zustimmung Israels dürfen weder Arafat noch seine Minister den Gaza-Streifen verlassen. Was ist eine Autorität wert, die noch nicht einmal über die Ein- und Ausreise der eigenen Bevölkerung entscheiden kann? Die Reisepässe, die die palästinensische Behörde ausstellt, berechtigen nicht zur Ausreise aus den autonom-besetzten Gebieten.

Frieden nicht ohne einen unabhängigen Palästinenserstaat

Arafat hat das Palästinenserproblem als ein Problem des Völkerrechts liquidiert. Er hat es von einem internationalen Problem zu einem bilateralen gemacht. Nach dem Völkerrecht sind alle israelischen Maßnahmen null und nichtig. Die Annexion Ost-Jerusalems, der Golan-Höhen, der Bau von Siedlungen und der Transfer der eigenen Bevölkerung sind völkerrechtswidrig. Sie widersprechen der Genfer Konvention.

Kann der „Friedensprozeß“ mit Hilfe der Amerikaner wieder belebt werden? Ob die Amerikaner die geeigneten Partner dafür sind, muß mit Skepsis gesehen werden. Sie tun alles, um das Palästinenserproblem als Problem des Völkerrechts zu liquidieren, insbesondere in der UN versuchen sie, die Resolutionen, die das Palästina-Problem betreffen, für ungültig zu erklären. Die Palästinenser und die arabischen Staaten haben sich von der sogenannten „ehrlichen Maklerrolle“ der USA täuschen lassen. Sie sind nicht „ehrlicher Makler“, sondern Partei, sie unterstützen einseitig die Position Israels und verfolgen eigene Machtinteressen. Die arabischen Staaten können sich aus der Umklammerung und Abhängigkeit der USA nicht mehr befreien, weil ihre

Führungseliten sich mehr und mehr von ihren Völkern entfremdet haben und nur durch die Stärke und den Einfluß der USA an der Macht halten können.

Für die USA stellt Israel ein Teil des nationalen Interesses dar. Sie sehen Israel als Bollwerk gegen den arabischen Nationalismus an. Israel ist eine wichtige Stütze der westlichen Dominanz in dieser Region. Die Palästinenser dagegen haben für die USA nur einen negativen Wert, weil sie durch ihren legitimen Widerstand immer wieder arabischen Nationalismus anstacheln.

Warum steht es also nicht zum Besten mit dem „Friedensprozeß“? Die Abkommen haben zur Ghettoisierung und Bantustanisierung der Palästinenser beigetragen, sie quasi vertraglich festgeschrieben. Die Palästinenser müssen sich für eine längere Zeit in ihren Zonen einrichten. Daß sie einen zusammenhängenden Staat bekommen werden, ist in den Abkommen nicht vorgesehen. Sie haben mit den Verträgen den Siedlungen eine Legitimität gegeben, die sie vor-

her nie hatten. Ihr Ausbau hat sich nach Oslo beschleunigt, ebenso die Enteignung palästinensischen Landes. Auch das Flüchtlingsproblem hat aufgehört eine Frage des Völkerrechts zu sein, sondern muß bilateral geregelt werden.

Die palästinensische Gesellschaft ist auf dem Weg zu ihrer Militarisierung. Arafat errichtet ein autoritär-diktatorisches Regime. Er muß auf Druck Israels immer rücksichtsloser die ihm vorgeschriebene Sicherheitsagenda gegenüber seiner eigenen Bevölkerung durchsetzen, was auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte geht. Letztere bleiben sowohl in den von Israel besetzten Gebieten als auch in den Autonomiegebieten bei diesem „Friedensprozeß“ auf der Strecke. Wenn Israel wirklich Frieden in der Region will, führt dieser nur über einen unabhängigen Palästinenserstaat, der diesen Namen auch verdient, und nicht über ein „Bantustan“. Die weitere Demütigung, Strangulierung und Entrechtung der Palästinenser kann nur in der Katastrophe enden.

Ludwig Watzal

„Das uns Eigene sagen“

Ein Gespräch mit Bischof Wolfgang Huber

In bezug auf die öffentliche Wirksamkeit und Präsenz der Kirchen gibt es unterschiedliche Erwartungen, innerhalb der Kirchen selbst wie auch in der Gesellschaft. Wie können die Kirchen ihre öffentliche Verantwortung verstehen, wie sollen sie sie nach außen erklären und wahrnehmen? Darüber sprachen wir mit dem Bischof der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Bischof Huber, den Kirchen begegnet derzeit eine merkwürdig widersprüchliche Erwartungshaltung, wenn es um ihre öffentliche Verantwortung geht. Auf der einen Seite findet beispielsweise das gemeinsam von beiden großen Kirchen in Deutschland veröffentlichte Wirtschafts- und Sozialwort breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Andererseits ist man schnell zur Hand mit dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung und der Einmischung in fremde Zuständigkeiten, wenn die Kirchen zu aktuellen politischen Fragen Stellung beziehen. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären, oder täuscht nur der Eindruck?

Huber: Es gibt eine offenkundige Spannung zwischen den Anforderungen, die an die Kirchen auch hinsichtlich ihrer öffentlichen Wirksamkeit und Präsenz gestellt werden, und einer verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber dem, was die Kirche Spezifisches zu sagen hat. Diese spannungsvolle Erwartungshaltung aber ist nicht ganz neu. Sie verbindet sich mit einer insgesamt veränderten öffentlichen und politischen Wahrnehmung der Kirchen nach 1989. Wir haben in Deutschland in diesen acht Jahren einen weiteren Säkularisierungsschub, eine neue Stufe der Entkirchlichung erlebt.

Bevor man jedoch beklagt, daß die Öffentlichkeit in einer nicht überzeugenden Art und Weise auf diese neue Situation reagiert, müssen wir zuerst fragen, wie wir als Kirchen mit dieser Situation umgehen. Kritische Überlegungen zur öffentlichen Wahrnehmung der Kirche haben erst dann Überzeugungskraft, wenn wir uns als Kirchen zunächst einmal darüber verständigen, wie wir selbst unsere öffentliche Verantwortung begreifen.

„Die Kirchen dürfen nicht zu häufig intervenieren“

HK: Haben die Kirchen in jüngster Zeit zu schnell die Schuld bei anderen gesucht? Fehlt ihnen nicht auch selbst die nötige Bestimmtheit und Klarheit darüber, wie sie ihre Aufgaben in Gesellschaft und Politik wahrnehmen sollen und können?

Huber: Die letzten Jahre scheinen mir zumindest durch Orientierungsunsicherheiten darüber geprägt. Das Jahr 1997 dagegen hat zu den Fragen der öffentlichen Verantwortung